



Resolution der SP Genf

verabschiedet an der Delegiertenversammlung in Frauenfeld, 29. Mai 2010

Die Delegierten der SP Schweiz missbilligen die Haltung des Bundesrats in Sachen Post. Sie sind der Überzeugung, dass die entsprechenden Gesetzesentwürfe, welche derzeit von den eidgenössischen Räten behandelt werden (Postgesetz und Postorganisationsgesetz), den Zielen der Partei diametral entgegen stehen.

Die SP-Delegierten unterstützen deshalb die Haltung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Sie lehnen eine Liberalisierung und Zerschlagung der Post, wie sie der Bundesrat anstrebt, kategorisch ab.

Aus diesem Grund beauftragen die Delegierten die Parteileitung, die Haltung der Partei in dieser Frage breit kund zu tun. Ausserdem soll sich die Parteileitung mit den SP-Parlamentarierinnen und -Parlamentariern in Kontakt setzen, damit diese gegen die beiden Gesetzesvorlagen stimmen.

Weiter beauftragen die Delegierten die Geschäftsleitung, zusammen mit dem SGB die politischen Kräfte zu mobilisieren, welche sich der Zerschlagung des Service public im Postdienst widersetzen.

Erwägungen

Am 20. Mai 2009 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zum **Postgesetz** zuhanden des Parlaments. Der Ständerat hat dem Gesetzesentwurf bereits zugestimmt. Das Gesetz sieht die völlige Öffnung des Postmarktes vor. Insbesondere soll auch das heute noch geltende Monopol der Post bei der Briefbeförderung fallen.

Dieselben Ziele verfolgt der Bundesrat auf einer allgemeineren Ebene mit dem neuen **Postorganisationsgesetz**, das er ebenfalls am 20. Mai 2009 verabschiedete. Auch dieses Gesetz, das die Organisation der Post auf nationaler Ebene regelt, wurde bereits vom Ständerat angenommen. Das Postorganisationsgesetz soll der Post die Grundlage zur Umwandlung in eine Aktiengesellschaft geben. Weiter soll das Postpersonal künftig dem Obligationengesetz und nicht mehr dem Bundespersonalgesetz unterstehen. Dies hätte Auswirkungen auf die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig sollen das Steuerprivileg und die Staatsgarantie der Post abgeschafft werden. PostFinance schliesslich soll in eine Aktiengesellschaft mit Mehrheitsbeteiligung der Post umgewandelt werden.

Der SGB lehnt diese völlige Liberalisierung der Post durch die Hintertür einer Gesetzesrevision entschieden ab. Seit zehn Jahren wurde das Monopol der Post immer weiter liberalisiert. Das Briefmonopol wurde gerade einmal vor einem Jahr von 100 auf 50 Gramm gesenkt. Die Postdienste dürfen deshalb nicht vollständig zerschlagen werden, denn eine noch weiter gehende Liberalisierung würde den Service public gefährden.

Laut SGB « *spricht rein gar nichts für eine völlige Aufhebung des verbleibenden Monopols der Post. Dahinter stehen einzig private Postdienstleister, die von bestimmten politischen Kreisen nach Kräften unterstützt werden. Diese wollen Gewinne, die bisher der öffentlichen Hand zukamen, in private Gewinne umwandeln. Darüber hinaus hat die Schweiz auch keinerlei Verpflichtungen gegenüber der EU zu einer weiteren Liberalisierung der Postdienste* » (Medienmitteilung vom 20. Mai 2009).

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Die Resolution der SP Genf entspricht nicht mehr ganz dem aktuellen Diskussionsstand. Die SP Schweiz kämpft seit Jahren an vorderster Front gegen die Aufgabe des Briefpost-Monopols. Die SP lancierte gemeinsam mit der Gewerkschaft für Kommunikation und dem SGB vor sechs Monaten die Post-Initiative. Diese wurde vor wenigen Wochen mit über 120'000 Unterschriften erfolgreich eingereicht. Diese Initiative fasst die Position der SP gut zusammen:

Wichtig ist die Verankerung des Briefpost-Monopols in der Bundesverfassung, wie es die Post-Initiative vorsieht. Damit werden das dichte Poststellennetz und der Service Public in der Schweiz langfristig finanziert und gesichert. Wenn zudem die Postfinance dank der Initiative mit einer Banklizenz aufgewertet wird, erhält sie endlich die Möglichkeit, kleinen und mittleren Unternehmen Kredite anzubieten und ins Hypothekargeschäft einzusteigen. Diese Ausweitung der Geschäftsfelder steigert die Auslastung des Schweizer Poststellennetzes. Die Post hat das notwendige Know-How ebenso wie ein solides Renommee und verfügt über das finanzmarktrechtlich notwendige Eigenkapital.

Beschluss Delegiertenversammlung: Wird mit grossem Mehr im Sinne der Geschäftsleitung angenommen.